



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 23. Ratssitzung vom 16. November 2022

959. 2022/325 Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.07.2022: Sofortiger Abbruch des Projekts «Brings uf d'Strass!»

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 370/2022): *Drei Medienmitteilungen der Stadt Zürich dokumentieren den Zusammenbruch des Fantasiegebildes, dass es sich beim Projekt «Brings uf d'Strass!» um einen Erfolg handeln sollte. In der Medienmitteilung vom 1. März 2022 wurde die Durchführung des Projekts im Sommer 2022 an den drei Standorten Entlisbergstrasse, Hellmutstrasse und Zschokkestrasse angekündigt. Es hiess, die Anwohner dieser Strassen hätten ein Bedürfnis danach geäussert. Zudem wurde eine vierte Strasse erwähnt, an der man das Projekt ebenfalls durchführen wolle. Zunächst schienen alle begeistert vom Projekt. In der Medienmitteilung vom 29. Juli 2022 war dann zu lesen, dass die Standorte Hellmutstrasse und Zschokkestrasse wegfielen und das Projekt nur noch an zwei Standorten durchgeführt würde. Zudem wurde geschrieben, dass man den Dialog mit den Gegnern des Projekts fortführen würde. In der Medienmitteilung wurde auch der ursprünglich geplante vierte Standort erwähnt, die Ankerstrasse. In der Medienmitteilung vom 15. August 2022 hiess es, der Startschuss für das Projekt an der Entlisbergstrasse sei gefallen. Am Ende wurde das Projekt somit auf einen einzigen Standort reduziert. In der Medienmitteilung vom 10. Oktober 2022 schliesslich sind plötzlich wieder alle hell begeistert und die Bilanz scheint positiv. Der ursprünglich geplante vierte Standort an der Ankerstrasse wird kaum erwähnt. Das Lügengebilde ist von vier Standorten auf einen geschrumpft. Auf der Webseite der Stadt kann man Videos zum Projekt sehen: Es wurden graue Töpfe oder Holzkisten mit ein paar Blumen hingestellt, irgendwo steht ein Plastikbecken mit Wasser. Das alles sieht nicht sehr schön oder begeisternd aus. Es entspricht auch nicht dem zu Beginn geplanten Projekt, in dem es im Grunde darum ging, den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu behindern und den Leuten Parkplätze wegzunehmen. Beim Projektstandort handelt es sich um eine Quartierstrasse, in der kaum Autos verkehren. Vom ursprünglichen Projekt ist nichts übriggeblieben. Einem Zeitungsartikel aus dem Jahr 2021 über die erste Durchführung kann man entnehmen, dass die anliegenden Geschäfte Einbussen in der Höhe von 10 bis 25 Prozent oder 25 bis 50 Prozent hinnehmen mussten und sich über die Durchführung des Projekts ärgerten. Es wird auch von Steuergeldverschwendung gesprochen. Die Hälfte der Umfrageteilnehmer sprach von Störung, Lärm und einer Zunahme an Abfall. Nur gerade ein einziger Ladenbesitzer empfand das Projekt als positiv. Ebenfalls erwähnt wurde, dass kein einziger Kunde die Aktion gut fand. STR Simone Brander wird uns vermutlich berichten, wie toll das Projekt sei. Man kann aber alles nachlesen: Das Projekt ist in sich zusammengefallen. Vom ursprünglichen Jubel blieb nichts übrig. Man sollte die Steuerzahler und die Ladenbesitzer schonen. Es gibt Personen, die arbeiten und um ihre Existenz kämpfen müssen. Man sollte die Leute*



nicht mit solchen Projekten belästigen. Das Projekt ist sofort abubrechen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Der Stadtrat lehnt den Vorstoss ab. Bis ins Jahr 2040 wird die Stadt gemäss Prognose um bis zu 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen. Die steigende Bevölkerungszahl, die Innenentwicklung und der Klimawandel stellen uns als Stadt vor grosse Herausforderungen. Der öffentliche Raum muss aufgewertet und die zunehmenden Mobilitätsbedürfnisse müssen klimaneutral befriedigt werden. Die Gemeindeordnung gibt uns klare Vorgaben: Der Fuss- und Veloverkehr sowie der öffentliche Verkehr sollen gefördert werden. In einer Stadt, die dichter wird, steigt das Bedürfnis nach Orten, wo man sich aufhalten und begegnen kann. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen haben verdeutlicht, wie wichtig ein lebenswertes Wohnumfeld ist. Die Entwicklungen, Herausforderungen und Vorgaben haben einen direkten Zusammenhang mit «Brings uf d'Strass!». Mit dem Projekt können wir das wachsende Bedürfnis der Bevölkerung nach zusätzlichen Frei- und Aufenthaltsräumen direkt vor der Haustüre temporär befriedigen. Wir können auch verschiedene Nutzungsmöglichkeiten von Quartierstrassen ausprobieren und neue Erkenntnisse gewinnen. «Brings uf d'Strass!» macht Aussagen für die künftige Stadtentwicklung und für die Ziele, die in der Gemeindeordnung festgeschrieben sind: Netto-Null, Hitzeminderung und Veloförderung. Es war von Anfang an das Ziel, die ausgewählten Quartierstrassen nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch für das Gewerbe vielfältiger nutzbar zu machen. Mit «Brings uf d'Strass!» können wir positive Bilder schaffen, wie der Strassenraum anders genutzt werden und aussehen könnte. Ausserdem entstehen dadurch in der warmen Jahreszeit neue Freiräume und Orte, wo man spielen, verweilen und sich erholen kann – mitten in der Stadt, direkt vor der Haustüre. Im Sommer laden die umgestalteten Strassen dazu ein, sich an der frischen Luft zu bewegen und den Strassenraum einmal anders zu erleben und nutzen – gerade auch vor dem Hintergrund, dass Strassenbauprojekte oft lange Planungsprozesse mit sich ziehen. Ich höre von der Gegnerschaft, dass die Bilanz im Jahr 2021 durchgezogen gewesen sei. Unsere Online-Umfragen weisen eine positive Bilanz vor. Dies zeigen auch die Abstimmungsgeräte vor Ort, Gespräche mit Gewerbetreibenden, Anwohnerinnen und Anwohnern, Interviews und Beobachtungen. Die Mehrheit der Personen, die eine Rückmeldung gaben, hat «Brings uf d'Strass!» positiv beurteilt. Dies ist alles im öffentlich zugänglichen Schlussbericht nachlesbar. Natürlich war nicht alles perfekt. Die Rückmeldungen liefern uns wertvolle Erkenntnisse, was man besser machen kann. Es hat sich gezeigt, dass man jene Strassenabschnitte, die wir bespielt haben, durchaus kürzer gestalten könnte und dass man die Bevölkerung zu einem früheren Zeitpunkt einbeziehen sollte. Für die Durchführung im Jahr 2022 konnten wir diese Erkenntnis bereits umsetzen. Wir konnten die Bedürfnisse der Leute stärker einbeziehen, auch bei der Standortwahl. Nach der Prüfung von verkehrlichen und städtebaulichen Anforderungen gingen wir bereits im März 2022 in die Quartiere. An den Mitwirkungsveranstaltungen konnten die Interessierten ihre Ideen einbringen. Das Interesse war bei allen drei vorgesehenen Standorten gross. Viele Leute freuten sich. Dass am Schluss zwei Standorte nicht umgesetzt werden konnten, hatte*



unterschiedliche Gründe. Die Anwohnenden der Hellmutstrasse etwa wollten selber etwas ausprobieren. An der Zschokkestrasse verzichtete das Tiefbauamt wegen einer Einsprache auf das Projekt. Nach dem Projektabbruch haben sich Anwohnende gemeldet, die enttäuscht darüber waren. Oft gehen jene Leute, die ein Projekt toll finden, im doch eher schrillen Ton der Gegnerinnen und Gegner unter. Es handelte sich nicht wie in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) oder im Postulat beschrieben um einen heftigen Widerstand, sondern um das Ergebnis eines ergebnisoffenen Prozesses. Das Tiefbauamt hat gemeinsam mit der Bevölkerung geprüft, an welchen Standorten «Brings uf d'Strass!» umgesetzt werden soll und wo nicht. Den Ausgangspunkt für die Wahl der Standorte gaben Meldungen aus der Bevölkerung. Es geht nicht darum, möglichst viele Strassen temporär umzugestalten und das Projekt gegen den Willen der Anwohnenden umzusetzen. «Brings uf d'Strass!» soll dort stattfinden, wo es gewünscht ist. Bei der Entlisbergstrasse beispielsweise haben sich die Anwohnenden sehr auf das Projekt gefreut. An mehreren Sitzungen wurde alles ausgearbeitet. Das zeigt sich auch in der Bilanz, die positiv ausgefallen ist. Gemäss Befragungen, Beobachtungen und Rückmeldungen von Anwohnerinnen und Anwohnern wurde der neue Freiraum geschätzt und genutzt, vor allem als Sitz- und Spielmöglichkeit. Auch die Begrünung wurde geschätzt. Wir haben dies in der Medienmitteilung vom 10. Oktober 2022 kommuniziert. Der initiierte Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern des Gebiets Ankerstrasse wird weitergeführt. Zwei weitere evaluierte Standorte – Gartenhofstrasse und Kramerstrasse – werden auf Wunsch der Dialoggruppen bestehend aus Anwohnerinnen und Anwohnern, aber durchaus auch von Vertreterinnen und Vertretern des Gewerbes, vorangetrieben. Wir als Stadt lernen und profitieren vom Projekt «Brings uf d'Strass!». Wir sammeln Erfahrungen, wie wir mit Hilfe von Begegnungszonen Strassen ohne Umbau aufwerten und sicherer gestalten können. Strassenräume sind für das Quartierleben sehr wichtig. Für die Anwohnenden sind sie ein Begegnungsort, für Kinder die direkteste Möglichkeit, draussen zu spielen. «Brings uf d'Strass!» ist immer noch etwas Neues, ein Test. Es muss auch in Zürich möglich sein, Neues auszuprobieren. Am 1. November 2021 haben wir in einer Medienmitteilung darüber informiert, dass das Projekt auch im Sommer 2022 stattfinden wird. Es ist nicht so, dass wir uns nun den Vorwurf gefallen lassen müssten, dass man nichts mehr beeinflussen könne, wenn erst heute über den Vorstoss diskutiert werden kann. Am 1. März 2022 haben wir in einer Medienmitteilung kommuniziert, welche drei Standorte weiter vorangetrieben werden. Die Informationen haben wir auch den entsprechenden Verbänden und Organisationen zukommen lassen. Auf unserer Webseite haben wir stets transparent über den aktuellen Stand des Projekts informiert.

Weitere Wortmeldungen:

Christina Horisberger (SP): *Man kann Dinge sehr selektiv wahrnehmen. Ich möchte die positiven Aspekte des Projekts aufzeigen und jene, bei denen auch STR Simone Brander betont hat, dass es sich um Erkenntnisse handelt; dass man gemeinsam darüber diskutieren muss, wie man die Strassenräume gestalten kann und wie man sie nutzen möchte. Ich zitiere von der Webseite zum Projekt «Brings uf d'Strass!»: «Im Frühjahr 2021 wurde neben den vier anderen Standorten auch am Standort Ankerstrasse, Abschnitt Badenerstrasse bis Zweierstrasse, eine temporäre Teilspernung während der*



Sommerferien 2021 ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibung ging eine Einsprache mit 54 unterzeichnenden Anwohnenden ein, wobei das Tiefbauamt auf die Durchführung an diesem Standort verzichtete.» Ende Mai 2021 kam dann ein Brief mit 123 unterzeichnenden Anwohnerinnen und Anwohnern und Gewerbetreibenden, die forderten, dass das Projekt wieder aufgegriffen werden solle. Es sind somit 123 Personen, die das Projekt befürworten und sich wünschen, dass weiter darüber diskutiert wird, und 54 Personen, die die Einsprache unterstützt haben. Daraufhin wurde eine Dialoggruppe aufgegleist und man hat sich für zwei Strassenabschnitte entschieden. Tatsache ist: Strassen sind heute in erster Linie hektische und laute Verkehrswege für den MIV, für Velos, für E-Bikes, aber auch für Fussgängerinnen und Fussgänger mit und ohne Kinder oder Hunde. Dass eine Strasse auch ein Lebensraum sein kann, wo man spielen, sich austauschen und sich begegnen kann, ist für viele Menschen in Zürich an vielen Orten keine denkbare Möglichkeit mehr. Genau darum geht es im Projekt. Der vorhin erwähnte NZZ-Artikel wollte mit einer Tabelle beweisen, dass die anliegenden Geschäfte Einbussen von bis zu 50 Prozent verzeichnen mussten. Es fehlten jedoch Angaben, ob dies im Vergleich zum Vorjahr oder zum Vormonat war. Das Projekt lief während den Sommerferien und somit während einer Zeit, in der grundsätzlich nicht viel läuft. Es handelte sich um eine sehr einseitige Tabelle. Die mässige Resonanz der Bevölkerung oder bei den Befragten zeigt eigentlich nur, dass die Rotwandstrasse nicht als lebendiger Stadtraum wahrgenommen wird, sondern lediglich eine Durchfahrtsstrasse für den MIV ist. Das war bereits vor dreissig Jahren der Fall. An der Konradstrasse beispielsweise zeigte sich ein anderes Bild. Die Anwohnerinnen und Anwohner stellten Tische auf die Strasse und haben gekocht. Das Projekt «Brings uf d'Strass!» polarisiert. Gleichzeitig ist der Austausch mit der Bevölkerung, den Anwohnerinnen und dem Gewerbe sehr wichtig, um gemeinsam zu diskutieren, was für eine Stadt wir in Zukunft wollen. Das braucht Zeit. Das Projekt sollte diese Zeit erhalten. Der vorliegende Vorstoss ist der falsche Weg und es wäre der falsche Zeitpunkt, um das Projekt abzubrechen. Die SP lehnt das Postulat ab.

Sven Sobernheim (GLP): *Wir haben bereits früher im Rat über das Projekt «Brings uf d'Strass!» gesprochen. Ich hätte mein damaliges Votum heute fast wiederholen können, hätte der Stadtrat nicht in den letzten neun Monaten zugegebenermassen seine Arbeit erfüllt. Wir als GLP halten das Projekt wie bereits früher erwähnt grundsätzlich für genial. Wir haben aber schon damals gesagt, dass es sich bei «Brings uf d'Strass!», so wie es ursprünglich umgesetzt wurde, nicht um ein Bottom-up-Projekt handelte, sondern um ein klassisches Top-down-Projekt. Der Stadtrat hat unsere Kritik aufgenommen und umgesetzt. Das haben wir auch in den Voten der Postulanten gehört: Das Projekt wurde nur dort durchgeführt, wo die Leute es auch tatsächlich haben wollten, und dort kam es gut an. In diesem Sinn sind wir zufrieden, dass der Stadtrat unsere Kritik aufgenommen und dazugelernt hat und nur noch Projekte umsetzt, die akzeptiert sind. Wir lehnen das Postulat ab und freuen uns darauf, wenn «Brings uf d'Strass!» dort, wo es von der Bevölkerung gefordert wird, umgesetzt wird.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Es ist das erste Mal, dass ich persönlich ein Postulat der SVP im Wortlaut unterstütze. Nach dem Votum von Samuel Balsiger (SVP) musste ich mir zwar nochmals überlegen, ob ich dem Postulat wirklich zustimmen möchte. Nichtsdestotrotz: Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt das Postulat.*



Samuel Balsiger (SVP): STR Simone Brander sagte in ihrem Votum, in den nächsten Jahren würden 80 000 bis 100 000 Leute in die Stadt kommen. Das ist ein grosses Problem. Man konnte kürzlich in den Medien lesen, dass sich die SP offenbar auf den einwanderungskritischen Kurs begibt und die Einwanderung beschränken will. Das finde ich toll. Es bereitet mir aber Sorgen, dass die Stadtregierung sagt, es würden 80 000 bis 100 000 Personen in die Stadt kommen. Als Lösung für dieses Problem wird nun angeboten, die Strassen zu sperren und die Bevölkerung auf die Strassen zu lassen. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2003 bis ins Jahr 2040 werden rund 173 000 zusätzliche Menschen in die Stadt gekommen sein. Es ist klar, dass bei dieser Zahl Freiraum und Grünraum verschwindet, dass man weniger Platz hat, dass alle Trams voll sind, dass die Infrastruktur überlastet wird. Die Mieten sind seit der Einführung der Personenfreizügigkeit um 25 Prozent gestiegen. Es wird stets versprochen, man würde für günstige Mieten sorgen. Seit den offenen Grenzen sind die Mieten aber stark gestiegen. Das hat sogar Walter Angst (AL) kürzlich via Twitter bestätigt. Wenn man es berechnen würde, wäre dies durchaus realistisch. Wo sind die günstigen Mieten? Wo sind die Freiräume und die Grünflächen? Es bereitet mir Sorgen, wenn die Antwort des Stadtrats auf diese Frage lautet, dass die Menschen die Strassen als zusätzlichen Raum nutzen sollen. Innerhalb von 13 Jahren sind eine Million Menschen in die Schweiz eingewandert. Das sind 540 000 Autos, die zusätzlich unterwegs sind. Die bürgerliche Schweiz ist weltoffen. Wir wollen Ausländer, wir wollen Einwanderung, wir wollen andere Kulturen. Da besteht kein Widerspruch. Die Frage ist, worin der Vorteil besteht, wenn eine Million Leute in die Schweiz drängen, die Mieten steigen und alles zubetoniert wird und die Stadträtin sagt, die Leute sollten sich auf die Strasse begeben.

Flurin Capaul (FDP): Bei der ersten Durchführung von «Brings uf d'Strass!» hat die FDP Kreis 3 bei der Fritschiwiese eine Aktion durchgeführt – jedoch nicht als begeisterte Nutzerin der «Brings uf d'Strass!»-Infrastruktur. Wir haben eine Protestaktion organisiert. Wir mussten uns nun in einigen Voten anhören, wie unglaublich toll das Projekt sei. Das war schon damals so. Es wurden Videos gedreht und unterschiedlich gute Umfragen durchgeführt. Man sprach von einem Grossefolg, obwohl die Leute vor Ort nur mässig begeistert waren. In einem Votum wurde nun erwähnt, die Tabelle im entsprechenden Artikel in der NZZ habe keine Referenzpunkte. Ich war vor Ort und habe mit den Gewerbetreibenden gesprochen. Sie haben klar gesagt, wie hoch ihre Umsatzverluste waren. Dass man dies negiert und wegwischt, finde ich störend. Das Grundproblem ist: Es handelt sich um ein Top-down-Projekt. Am Ende gibt das Ergebnis angesichts des dafür ausgegebenen Betrags zu wenig her. Zum Vergleich: Ungefähr zwanzig Quartiervereine bespielen mit dem gleichen Budget zwanzig unterschiedliche Quartiere mit bis zu zwanzig Anlässen pro Jahr. Dies sind für mich gute Beispiele für Bottom-up, anders als «Brings uf d'Strass!». Deshalb unterstützen wir das Postulat.

Derek Richter (SVP): Die Idee zum Projekt stammte nicht von STR Simone Brander, sondern von ihrem Vorgänger. STR Simone Brander sagte, es sei wichtig, dass man Freiraum vor der Haustüre habe. In der Fritschistrasse war dies schlicht und einfach eine Dekadenz. Man sperrte die Fritschistrasse, obwohl sich unmittelbar angrenzend der



6 / 6

Fritschipark befindet, der viel grösser und grüner ist und weniger Asphalt hat. Wenn man das Projekt in der Fritschistrasse nicht durchgeführt hätte, hätten die Leute dort weiterhin parkieren können. Man hätte die Party einfach in den Park verlagern können. Es ging einzig darum, die Fritschistrasse einer Mehrheit der Öffentlichkeit zu entziehen. In einer Umfrage des Quartiervereins sprach sich eine grosse Mehrheit der direkt Anwohnenden gegen das Projekt aus. Ebenso hat sich eine grosse Tageszeitung gegen das Projekt ausgesprochen. Sie hat sich am 23. Juni 2021 gegen die «Zwängerei» ausgesprochen. Ich kann von einer dramatischen Situation berichten. In einem mir bekannten Fall konnte ein Sanitätswagen nicht in die Fritschistrasse einfahren, weil diese gesperrt war. Die Sanität hätte bei einer älteren Person Nothilfe leisten sollen. Der Wagen kam aber nicht durch die Strassenblockaden. Dies kann fahrlässige Körperverletzung, wenn nicht Schlimmeres zur Folge haben. Auch wenn ich STR Simone Brander zu Beginn meines Votums in Schutz genommen habe, muss ich sagen: Wenn man das Lügenkonstrukt aufrechterhält, dass ein Projekt toll sei, macht dies alles nur noch schlimmer. Das Projekt «Brings uf d'Strass!» ist tot und sollte abgebrochen werden.

Das Postulat wird mit 40 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat